

FDP zu den Hochwasserschutzplänen des Landes:

"Die Stadt muss mit den anderen betroffenen Kommunen einen Pakt schließen, um die Zukunftsfähigkeit der Rheinhäfen zu sichern!"

Nachdem durch die IHK Mittlerer Niederrhein bekannt wurde, dass das Land Überflutungsflächen in der Südwerft des Krefelder Hafens schaffen will, fordert die FDP-Stadtratsfraktion eine regionalpolitische Initiative der Stadt.

"Krefeld ist nicht die einzige Kommune, deren Hafen von den Plänen des Landes betroffen ist. Auch die Häfen in Düsseldorf und Emmerich werden durch die Pläne der Landesregierung in ihren Entwicklungsmöglichkeiten massiv eingeschränkt", erklärt FDP-Fraktionsvorsitzender Joachim C. Heitmann. Deshalb sei es sinnvoll, dass sich die Stadt als Mehrheitsgesellschafter des Krefelder Hafens mit den anderen Kommunen "kurzschließe" und ein regionalpolitisches Bündnis schließe." Im Fall des Krefelder Hafens liegt dies umso mehr nah, als der Mitgesellschafter des Krefelder Hafens, die Neuss-Düsseldorfer Häfen, auch von den Plänen der Landesregierung betroffen seien.

"Es wird aber allerdings nicht funktionieren, nur Duisburg aufzufordern, auf seinem Gebiet zusätzliche Retentionsflächen zu schaffen, ohne für die Nachbarn ein Benefiz darzustellen. Das gleiche gilt für Meerbusch. Vielmehr muss regionalpolitisch versucht werden, durch gegenseitiges Geben und Nehmen eine gemeinsame Interessengrundlage zu schaffen und zu einer gemeinsamen Haltung gegenüber dem Land zu kommen."